

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 11

Artikel: Der Kampf um das Saargebiet
Autor: Krug, Werner G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157730>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anzeichen als wirkende Ursachen. Anzeichen schrecken aber nur den, der keinen Weg aus der Katastrophe weiß, die die betreffenden Anzeichen ankündigen. Beschreiten wir daher, anstatt uns mit „patriotischem Phrasengeklingel“ über den Ernst und die Erfordernisse der Lage hinwegzutäuschen und der Welt einen Dunst vorzumachen, „wie glücklich sich die schweizerische Nation bei ihrer gegenwärtigen Verfassung befindet“, unheirbar den uns von der Geschichte vorgezeichneten Weg der Erneuerung aus eigener Kraft, der „Revolution von innen“, dann brauchen uns auch keine Anzeichen einer „Revolution von außen“ zu schrecken.

Man muß den Degen in der Faust und nicht die Feder in der Hand haben, wenn man das verlorene Kränzlein der Freiheit wieder erobern will.

Samuel Henzi, 1748.

Der Kampf um das Saargebiet.

Von Werner G. Krug.

„Wir fühlen uns gemäß unserer Denkart, Herkunft und Schicksalsverbundenheit als deutsche Staatsbürger, die noch nie einen anderen Wunsch kannten, als ewig ungetrennt mit dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche verbunden zu bleiben! Darum werden wir weiter mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß das Saargebiet bis zum letzten Quadratzentimeter und bis zum letzten Pfunde Kohlenvorkommen möglichst bald zum Deutschen Reiche zurückkehrt. Dieses Handeln gebietet uns die höchste Bürgerpflicht. Deutsch sind wir und deutsch bleiben wir, allen Widersachern zum Troß!“ (Erklärung des Saarlandesrates bei seinem ersten Zusammentritt im April 1922.)

I. Die Lüge von den 150,000 Saarfranzösen.

Den Urhebern des Versailler Vertrages blieb es vorbehalten, Europa neben anderen lebensunfähigen Gebilden mit einem bis dahin niemals vorhanden gewesenen politischen Problem, dem des Saargebietes, zu belasten. Man sprach allenfalls vom Saarkohlenrevier, wie man heute noch vom lothringischen Minettegebiet, vom Ruhrkohlen- und oberschlesischen Kohlenrevier spricht, man hatte wohl den geographischen Begriff Saarland, doch von einem Saargebiet, von einem Saarstaat, war bisher niemals die Rede gewesen. Siegestrunkenen Ententepolitikern blieb es vorbehalten, in die so schon mit Explosivstoffen überreich angefüllte europäische Atmosphäre einen neuen Zankapfel zu werfen und zwischen

Deutschland und Frankreich eine von Genf aus zwangsverwaltete, in Wirklichkeit aber von Paris aus beeinflußte und ausgebeutete Völkerbundskolonie zu errichten. Seitdem ist der Kampf um die Saar in vollem Gange, wohlgemerkt, der Kampf einer allmächtigen Pariser Regierung, die, unterstützt von der Regierungskommission des Völkerbundes, mit allen Mitteln einer schier unerschöpflichen Propaganda und des Gesinnungs- und Gewissensdruckes gegen eine 800,000köpfige deutsche Bevölkerung arbeitet, um sie für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu gewinnen. Das Land an der Saar steht seit dieser Zeit, also seit nahezu 15 Jahren, im Mittelpunkt der europäischen Politik. Wieder einmal wurde ein an sich kleiner und unbedeutender Fleck Erde von der Laune des Schicksals dazu auserwählt, in den Mittelpunkt des Völkerinteresses zu treten. Besonders seit der letzten Völkerbundstagung im Januar ist der Kampf um die Saar, denn um einen solchen handelt es sich letzten Endes, in sein letztes entscheidendes Stadium getreten. Die Tragödie des Saarlandes enthüllt sich damit zugleich in ihrer ganzen Größe und Schärfe, denn dieser Kampf wird nicht nur im Abstimmungsgebiet selber geführt, sondern besonders an der Zentralverwaltungsstelle in Genf, am Quai d'Orsay und in den Propagandabüros in Paris, ja überall dort, wo Nationen von dem großen deutsch-französischen Problem politisch und wirtschaftlich unmittelbar berührt werden. Was vor 5 Jahren in Paris für den Führer der deutschen Abordnung, die dort wegen einer vorzeitigen Rückkehr des Saargebietes verhandelte, noch so aussah wie ein nur noch zu liquidierendes Reststück aus dem großen Krieg, ist zu einem Kernproblem der europäischen Politik geworden.

Um was geht es letzten Endes im Saargebiet?, das sollte die erste Frage bei jeder Erörterung dieses heiklen Problems sein. Geht es — wie Frankreich immer wieder öffentlich verkündet — nur um den Besitz der Kohlengruben, also um eine rein wirtschaftliche Frage, oder gar nur — wie es zwar nicht verkündet, aber desto hartnäckiger verfolgt wird — um den Ausbau seiner machtpolitischen Lage gegenüber Deutschland, also um ein rein militärisches Ziel, oder geht es vielleicht nicht zuerst und vor allem um das dem Saarland vom Völkerbund feierlich zugestandene Selbstbestimmungsrecht der Völker, mithin um die klare, eindeutige Entscheidung der 800,000 Saarbewohner, wie sie sich ihr zukünftiges politisches, wirtschaftliches und kulturelles Schicksal denken?

Die ungeheure Zähigkeit der französischen Politik im Verfolgen geschichtlich überliefelter Ziele kommt gerade im Saargebiet (oder, wie die Franzosen es nennen, im „Bassin de la Sarre“) in ganz besonders sinnfälliger Weise zum Ausdruck. Frankreich kann nicht vergessen, daß es bereits zweimal in der Geschichte eine vorübergehende Herrschaft im Saargebiet aufgerichtet hatte — einmal unter Ludwig XIV., der die Festung Saarlouis erbaute, zum andern von der großen französischen Revolution bis zum Wiener Kongress 1815. Trotz über tausendjähriger Zuge-

hörigkeit des Saargebietes zum Deutschen Reich, glaubt Frankreich auch heute noch auf Grund dieser im ganzen noch nicht 68jährigen Herrschaft historische Ansprüche begründen zu können. Lange wollte man in Paris nicht die Hoffnung aufgeben, daß die Geschichte von 1814 eine Neuauflage erleben würde. Wie Frankreich damals im ersten Pariser Frieden die Rheinlande herausgeben mußte, es aber durch geschickte Intrigen verstand — bekannt sind ja die erprobten sogenannten Ergebenheitsadressen einzelner verängstigter Saarbewohner an die Pariser Regierung —, den größten Teil des Saarbeckens mit den wertvollen Kohlengruben einzubehalten, so hat es auch 1930 — wie seine Politiker damals dachten — nur die erste Stellung am Rhein, am „Grand Rhin“, wie französische Geschichtsschreiber ihn nennen, aufgegeben, die zweite Stellung aber an der Saar, am „Petit Rhin“, mit allen Mitteln behauptet. Denn die zweite Linie an der Saar wäre beim Gelingen dieses Planes immer Ausgangs- und Reservestellung für die weiterhin erstrebte Hauptlinie am Rhein geblieben. Daß das Saarland seit dem Vertrag von Mersen, der im Jahre 870 das mittelfränkische Reich der Karolinger zwischen Deutschland und Frankreich aufteilte, zu Deutschland gehörte, spielte dabei keine Rolle.

Als nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrieg Frankreich das Saargebiet beanspruchte und Clemenceau mit der ungeheuerlichen Lüge von den 150,000 Saarfranzosen operierte und in seiner der Pariser Konferenz vorgelegten Denkschrift die Wiedergutmachung des „Unrechtes von 1815“ verlangte, da gelang es ihm zwar nicht, den amerikanischen Präsidenten Wilson und den englischen Premierminister Lloyd George für die restlose Übereignung des Saargebietes an Frankreich zu gewinnen, aber er sicherte sich damals doch für 15 Jahre die unbedingte wirtschaftliche Herrschaft über dieses Gebiet, zugleich mit der Hoffnung, es während dieser Zeit so mit französischem Geiste durchdringen zu können, daß es ihm im Jahre 1935 wie eine reife Frucht in den Schoß fallen würde. Bis heute ist es noch nicht gelungen, die französische Regierung zur Veröffentlichung der Dokumente und Beweise über das Vorhandensein dieser 150,000 Saarfranzosen und deren Ergebenheitsadressen an den damaligen Präsidenten Poincaré zu bewegen. Trotz ihres Nichtvorhandenseins wurden sie zur Grundlage genommen für das Kompromiß, daß Saargebiet auf die Dauer von 15 Jahren unter die Herrschaft des Völkerbundes zu stellen, als Regierung eine vom Völkerbund beauftragte Kommission einzusetzen, die Saargruben für diesen Zeitraum an Frankreich auszuliefern, die saarländische Wirtschaft von Deutschland abzutrennen und an die französische Zollunion anzuschließen. Bezeichnend ist aber vor allem die Art, mit der diese Lösung begründet wurde. Die Abtretung erfolgte nämlich, wie Artikel 45 des Versailler Vertrages besagt, „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Zahlung auf den Betrag der von Deutschland geschuldeten Wiedergutmachung der Kriegsschäden“. Damit also Frankreich in dieser Ausbeutung in keiner

Weise gehindert ist, wurde bis zur endgültigen Regelung in 15 Jahren das Saargebiet unter die Oberheit des Völkerbundes gestellt.

Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, um den ganzen Widersinn dieses Versailler Vertrages, der doch angeblich das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Prinzip erhob, zu erkennen. Kurz und treffend hat der damalige deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Ranßau in seiner Note vom 13. Mai 1919 den wahren Sachverhalt charakterisiert: „Es dürfte in der Geschichte der neuen Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Geldes unter fremde Herrschaft zu bringen... Die Bewohner des Saargebietes sind der Gegenstand von Schachgeschäften von einer Staatsgewalt zur anderen, ganz als seien sie Steine in einem Spiel“.

II. Das Saarland unter Völkerbundsregime.

Wenn man die Tätigkeit der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission in den versloffenen 14 Jahren zu schildern versucht, so muß man sich dabei stets vergegenwärtigen, daß vom rein staatsrechtlichen Standpunkt aus gesehen, die Souveränität des Deutschen Reiches über das Saargebiet nicht aufgehoben ist, denn Artikel 49 des Versailler Vertrages besagt ausdrücklich: „Deutschland verzichtet zugunsten des Völkerbundes, der hier als Treuhänder erachtet wird, auf die Regierung des ... Gebietes“. Erst nach Ablauf von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages, so heißt es dann weiter, soll die Bevölkerung dieses Gebietes darüber abstimmen, unter welche Souveränität sie zu treten wünscht. Die gewaltsame, gegen alles Völkerrecht und die Selbstbestimmung der Nationen verstörende Loslösung des Saargebietes von seinem Mutterlande wäre vielleicht noch zu verstehen gewesen, wenn sich der Völkerbund wirklich, dem Vertragstext entsprechend, als der Treuhänder Deutschlands gefühlt und gezeigt hätte. Statt dessen wurde er nur das Mittel, mit dessen Hilfe das Saargebiet unauffällig Frankreich in die Hände gespielt werden konnte. So lautete auch das französische Programm in der Folgezeit: Durchlöcherung der Treuhänderschaft des Völkerbundes, Ausnutzung der Genfer Institution zu französischen Zwecken. Die erste Folge dieser Politik war die Ernennung des Franzosen Rault zum Präsidenten der Regierungskommission, welchen Posten er bis zum Jahre 1926 innehatte. Zum saarländischen Mitglied wurde der als Franzosenfreund bekannte Stadtrat Dr. Hector ernannt, der jedoch wegen Unterschlagung im Amt und anderer ehrenrühriger Handlungen seinen Posten bald wieder aufgeben mußte. Die drei neutralen Mitglieder der ersten Regierungskommission wurden der Däne Graf Moltke-Huitfeld, ein in Paris bekannter Lebemann und Rennstallbesitzer, der Belgier Major Lambert und der Kanadier Waugh. Besonders letzterer bemühte sich ehrlich, den an ihn gestellten Anforderungen in objektiver Weise gerecht zu werden. Da ihm

das unter der französischen Vorherrschaft nicht möglich war, trat er bald wieder zurück und veröffentlichte darauf in der Presse ein geradezu erschütterndes Bild von der wahren Tätigkeit der Regierungskommission. Es heißt da u. a.: „Während der dreieinhalb Jahre, die ich der Saarkommission angehörte, hatte ich jeden Tag deutliche Beweise, daß vom französischen Gesichtspunkt aus keines der Mitglieder kompetent sei, ohne mit dem französischen Präsidenten übereinzustimmen. Dieser war von Paris instruiert und das ohne Rücksichten auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Rechte, die der Vertrag den Einwohnern des Saargebietes zuerkennt. Die wenigsten der Kommissionsmitglieder hatten klare Einsicht in ihre Pflichten gegenüber der Saarbevölkerung und dem Völkerbund. Auch schien der Völkerbund nicht fähig, den beherrschenden Einfluß Frankreichs zu hemmen. Es war mir von Anfang an klar, daß das belgische und dänische Mitglied der Kommission vollständig unter französischem Einfluß standen. Das dänische Mitglied war ganz und gar nur Stempel in den Händen der anderen... Er, der Franzose, und der Belgier hatten stets die Majorität in der Kommission, sie brachten es ständig dahin, daß alle vorkommenden Fragen nach Instruktionen aus Paris erledigt wurden“.

Wenn auch nach dem Rücktritt des Franzosen Raoul manches in der Zusammensetzung der Regierungskommission besser wurde, und vor allem kein Franzose mehr ihr Präsident ward, so verstand es Frankreich doch immer wieder, sich in der Kommission die Mehrheit zu sichern.

Die allmächtige Stellung der Regierungskommission zeigte nichts deutlicher als das gänzliche Fehlen jeglicher Volksvertretung. Als dann nach wiederholtem Drängen der Bevölkerung im März 1922 ein Saarlandesrat durch Regierungsverordnung ins Leben gerufen wurde, blieb dieser ausgeschlossen von jeglicher wirklichen Mitarbeit an der Politik des Landes. Denn die Volksvertretung des Saargebietes, der „Landesrat“, ist bis auf den heutigen Tag ein Parlament ohne parlamentarische Rechte. Seine Tätigkeit beschränkt sich auf die „Begutachtung“ der Regierungsvorlagen, und mit dem „Anhören“ der gewählten Vertreter der Bevölkerung hat es für die Regierungskommission meist sein Bewenden. Der Landesrat hat keinerlei Einfluß auf die Gesetzgebung des Landes, auf die Aufstellung des Haushaltplanes und die Verwendung der Steuereinnahmen der Bevölkerung. Seine Abgeordneten genießen keine Immunität. Mit Recht sagten deshalb die politischen Parteien des Saarlandes in einer Denkschrift an den Völkerbund, in der sie die völlige Ohnmacht der geplanten Volksvertretung geißelten und ihre Wünsche auf Selbstverwaltung vorbrachten: „Kein Volk in Amerika und Europa entbehrt diese Rechte. Die einzige Bevölkerung aber, die dem Völkerbunde zu treuen Händen anvertraut ist, nämlich die Saarbevölkerung, soll nur mit einer beratenden Stimme bei Erledigung ihrer ureigensten Angelegenheiten abgespeist werden“. Die einzige Aufgabe der gewählten Volksvertreter bestand denn auch

in der Folgezeit darin, immer wieder gegen die einseitige Politik der Regierungskommission zu protestieren und in ständigen Eingaben an den Völkerbund und durch Entsendung von Saardelegationen nach Genf auf die unhaltbaren Zustände im Saargebiet hinzuweisen. Natürlich ohne Erfolg!

Denn die politischen Verhältnisse wurden nicht besser. Zwar hatte es der Nachfolger des französischen Präsidenten Rault, der Kanadier Stephens, verstanden, im Jahre 1927 wenigstens die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet zu erzwingen und die Franzosen aus ihrer Vorrangstellung in der Treuhänderregierung des Völkerbundes zu verdrängen. Heute steht an der Spitze der Regierungskommission, die auf der letzten Ratstagung auch noch für das letzte Jahr bestätigt wurde, der Engländer Knox, und die vier Mitglieder setzen sich zusammen aus dem Saardeutschen Koßmann, dem Franzosen Morice, dem Jugoslawen Dr. Boricie und dem Finnländer Dr. von Ehrenrooth. Wenn auch bei dieser Zusammensetzung das französische Übergewicht gebrochen ist, so bleibt doch auch weiterhin ein sehr bedeutender französischer Einfluß bestehen, der in der Hand des französischen Regierungsvertreters vereinigt ist. Dieser hat drei der wichtigsten Ressorts unter sich, nämlich die Finanzen, die wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Grubenaufsicht, und ist damit der eigentliche Wirtschaftsdiktator des Saargebietes, der eifrig darüber wacht, daß nichts geschieht, was den Interessen — nicht etwa des Saargebietes, wie es nach dem Saarstatut seine Pflicht sein sollte —, sondern Frankreichs zuwiderläuft. Darüber hinaus sind zahlreiche sonstige leitende Stellen in der Zentralverwaltung mit Franzosen besetzt.

Ohne auf die fortgesetzten Zusammenstöße und Reibereien zwischen Regierungskommission und Saarbevölkerung einzugehen, wie sie gerade in den letzten Monaten an der Tagesordnung waren und ihren Ausdruck fanden in unzähligen Willkürmaßnahmen der Regierung gegenüber den deutschen politischen Parteien und Verbänden, in drakonischen Gesetzen und Verordnungen, in Auflagenachrichten an die Presse, in politischen Prozessen und endlich in den vielen Denkschriften und Beschwerden der gebliebenen und niedergehaltenen Bevölkerung an den Völkerbund als den Treuhänder ihres Landes, so läßt sich doch zusammenfassend feststellen: Das ganze Tun und Handeln der Völkerbundsvertretung an der Saar war und ist der überzeugendste Beweis dafür, daß der hinter ihr stehende Völkerbund als Wahrer des Völkerfriedens, wie er in dem Versailler Vertrag niedergelegt ist, in der Auswirkung seines Handelns das Gegenteil dessen bewirkt, was er zu tun beabsichtigte oder zu tun vorgab. Die Regierungskommission des Saargebietes — das muß mit aller Schärfe immer wieder betont werden — war in den ganzen Jahren nicht ein einziges Mal ernsthaft bemüht, dem Denken, Fühlen, Wünschen und Wollen des Saarvolkes entgegenzukommen. Ihr ganzes Tun war bis heute einzig und allein darauf gerichtet, die Interessen der Sieger, d. h. Frankreichs,

wahrzunehmen, ohne sich viel über den ihr zu treuen Händen zur Verwaltung gegebenen Volksteil zu kümmern. In allem und jedem stand und steht sie der gesamten Bevölkerung des Saargebietes entgegen.

III. Die wirtschaftliche Ausbeutung durch Frankreich.

Die eigenartige Stellung unter dem Völkerbundesregime bringt es mit sich, daß alles wirtschaftliche Geschehen im Saargebiet notwendigerweise politische Bedeutung hat. In wirtschaftlicher Hinsicht bildet das Saargebiet wohl einen Teil des französischen Zollgebietes, doch ist die Zollunion infolge ihrer praktischen Undurchführbarkeit durch die verschiedenen „Saarzollabkommen“ mit Deutschland in mehrfacher Hinsicht durchbrochen worden. So genießt beispielsweise die Saarindustrie für den überwiegenden Teil ihrer industriellen Erzeugnisse zollfreie Ausfuhr nach dem übrigen Deutschland, während Deutschland — allerdings in wesentlich geringerem Ausmaße — Zugeständnisse für die Einfuhr deutscher Waren und insbesondere Deutscher Maschinen und Ersatzteile, die für die industrielle Struktur der Saarindustrie unentbehrlich sind, erhalten hat. Die deutsche Wareneinfuhr, die wertmäßig 1924 70 Millionen RM. betrug, hat sich bis 1930 auf 169 Mill. RM. gesteigert und damit sogar erstmalig die Saarausfuhr nach Deutschland, die unter dem Druck der Wirtschaftskrise und dem Niedergang des deutschen Marktes eine vorübergehende Einengung erfahren hat (1929 202 Mill. RM., 1930 164 Mill. RM., 1. Halbjahr 1933 52 Mill. RM.), überflügelt. Den Wert der französischen Einfuhr ins Saargebiet hat man in Frankreich auf 2 Milliarden Franken (rund 330 Millionen RM.) geschätzt, eine Ziffer, die sich in Ermangelung einer saarländischen Außenhandels-Statistik — die französische Zollstatistik hat den Saarverkehr einbezogen — einer genauen Nachprüfung entzieht.

Der bisherige Verlauf der französisch-saarländischen Zollunion hat gezeigt, daß Frankreich das Saargebiet als willkommenes Absatzgebiet ansieht, aber durchaus nicht gewillt ist, ihm auch seinerseits die aus der Zollunion sich ergebenden Rechte einzuräumen. Systematisch wurde das Saargebiet von jeder Mitwirkung an der französischen Zollgesetzgebung ausgeschlossen, und immer wieder ereignet es sich, daß in Frankreich Zollgesetze beschlossen werden, die den Interessen des Saargebietes schurkisch zuwiderlaufen und die Saarwirtschaft auf das Schwerste schädigen.

Geht schon aus dieser Tatsache mit aller Deutlichkeit hervor, daß Frankreich das Saargebiet nur als Ausbeutungsobjekt betrachtet und sich über seine besonderen Belange unbekümmert hinwegsetzt, so gilt das in ganz besonderem Umfange hinsichtlich der Saargruben. Der französische Staat als Besitzer der Gruben „auf Zeit“ steckt in sie nur noch das Aller-notwendigste hinein, um sie bis 1935 über Wasser zu halten, und begnügt sich im übrigen damit, bis dahin noch das Menschenmögliche aus ihnen herauszuholen. Nicht genug damit, daß die französische Bergwerksdirektion seit der Übereignung der Gruben über 200 Millionen Tonnen Saar-

lohole herauholte, während Frankreich in den kriegszerstörten nordfranzösischen Gruben — zu deren „Ersatz“ die Saargruben bestimmt waren — nur 68 Millionen Tonnen (an der Förderung von 1913 gemessen) eingebüßt hat; nicht genug damit, daß es innerhalb von acht Jahren einen Reingewinn von 632 Millionen Franken (zum jeweiligen Kurse umgerechnet 145 Millionen RM.) für seinen Staatssäckel aus den Saargruben eingehemst hat; nicht genug mit all den zusätzlichen „Reparationen“, die es sich über den Versailler Vertrag hinaus im Saargebiet verschafft, hat es nicht verschmäht, sich auf Kosten des Saargebietes noch anderweitig unrechtmäßig zu bereichern: im Warndt. Der Warndt, ein nach Lothringen vorspringender Zipfel des Saargebietes, der unter seinen großen Wältern die reichsten Kohlevorkommen des Saarbeckens birgt, die unter preußischer Verwaltung als Reserve für die Zukunft sorgsam geschont wurden, ist von den dicht jenseits der Grenze gelegenen französischen Berggesellschaften heimlich angebohrt und ausgeplündert worden. Unter den Augen der Völkerbundskommission ist die Landesgrenze, deren Unverletzlichkeit oberster internationaler Rechtsgrundatz ist, durchrötet worden, um die auf saarländischem Boden gewonnene Kohle auf französischer Seite zutage zu fördern.

Noch eine andere Machtstellung besitzt Frankreich im Saargebiet, die freilich im Laufe der letzten Jahre bereits stark abgebrockelt ist, es ist das französische Kapital, das in den ersten Nachkriegsjahren sich in der gesamten Saarwirtschaft eingenistet hat. Wenn auch — wie bereits erwähnt — eine Wiederabwanderung des französischen Kapitals aus der saarländischen Schwerindustrie und Wirtschaft festzustellen ist, so ist es doch noch im Bergbau mit vollen 100 % und in der Industrie mit 40 % bei einem Gesamtprozentsatz von ca. 80 v.H. beteiligt.

Diese Vorherrschaft hinderte jedoch nicht, daß Frankreich im Saargebiet lediglich Augenblicksgeschäfte machte, Geschäfte, die nicht immer mit dem kaufmännischen Grundatz von Treu und Glauben in Einklang zu bringen waren. Entscheidend ist jedoch, daß sein Einfluß sich hier besonders in letzter Zeit von Tag zu Tag verringert. Wie wir gesehen haben, hat es politisch den Höhepunkt seiner Machtstellung an der Saar längst überschritten, mußte es sich auch militärisch zur Zurückziehung der Besatzung und ihrer Tarnung, dem Bahnschutz, verstehen. Wirtschaftlich schließlich verlieren seine Pfänder zusehends an Wert, und es ist bemerkenswert, daß gerade die Bevölkerung von Lothringen und vor allem auch die lothringische Presse (u. a. die „Lothringer Volkszeitung“ und die „Forbacher Neuesten Nachrichten“) immer wieder einen Ausgleich zwischen den beiden Ländern über das Saargebiet angestrebt haben und besonders in letzter Zeit sich für die bedingungslose Rückgliederung der Saar an Deutschland einzusetzen, denn diese Kreise wissen ganz genau, daß sie mit dem Saargebiet aufs engste verschlungen sind und daß bei einem deutsch-französischen Zollkrieg wegen des Saargebietes vor allem Lothringen der leidtragende Teil sein würde.

IV. Die kulturelle Knebelung.

Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Maßnahmen zur Losreißung des Saargebietes ging ein unerhörter politischer und kultureller Druck auf die Bevölkerung. Alle deutschen Beamten und Direktoren auf den staatlichen Gruben wurden vertrieben und durch Franzosen ersetzt. Die Arbeiterschaft wird durch ständige Drohung mit Kündigung, Lohnkürzungen, durch fortgesetzte Schwierigkeiten, die man ihr beim Wohnungswchsel und beim Schulbesuch ihrer Kinder und bei sonstigen Anlässen macht, unter Druck gehalten. Elend über Elend wurde und wird so auch heute noch über Tausende von deutschen Familien gebracht. In besonderem Maße sind hier die im ganzen Saargebiet in den 14 Jahren der Fremdherrschaft eingeschossenden französischen Schulen, die zu der französischen Bergwerksdirektion gehörenden sogenannten „Domanialschulen“, zu nennen, die von der gesamten Saarbevölkerung einmütig abgelehnt werden und nur mit den größten Zuschüssen erhalten werden können. Ein Fehlschlag war ferner der von Frankreich betriebene Versuch, die saarländische Bevölkerung auf dem Wege der Abtrennung des Saargebietes von den Diözesen Trier und Speyer innerlich von Deutschland loszulösen. Die gesamte katholische Geistlichkeit und die gesamte katholische Bevölkerung leisteten auch hierbei erfolgreichen Widerstand.

Bedeutungsvoller und erfolgreicher war in dieser Hinsicht die mit schier unbegrenzten Mitteln arbeitende und unter ständiger staatlicher Kontrolle stehende französische Propagandatätigkeit im Saargebiet. Dieser französische Propagandaapparat, dessen Zentrale in Paris liegt, wird von der Regierungskommission des Völkerbundes stillschweigend geduldet. Genannt seien in erster Linie der „Ausschuß für das linke Rheinufer“ (Comité de la Rive gauche du Rhin), das „Comité Dupleix“, die „Union française“, der Saarausschuß der französischen Kammer und endlich der von der französischen Wirtschaft und den amtlichen Stellen nachdrücklichst geförderte „Französische Saarverein“ (Association française de la Sarre). Gemeinsam ist ihnen allen als Ziel die dauernde Aufrechterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Frankreichs im Saargebiet, einerlei, ob sie sich — wie zuerst — für die Annexion einsetzen oder wie in letzter Zeit für die „Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes mit einigen leichten Veränderungen, die den Saarländern eine größere Teilnahme am politischen Leben gestatten“.

Während in den vergangenen Monaten und Jahren die deutschsprachige und deutschühlende Presse unter allen möglichen Vorwänden unterdrückt, geknebelt und verboten wurde, wurde auf der anderen Seite die französische und autonomistische nachdrücklichst gefördert und Neugründungen weitgehend unterstützt. So erlebten die Saarländer in rascher Folge eine Reihe von Neugründungen französischer Blätter, die aber meist ebenso rasch wieder verschwanden. Eine größere Bedeutung wegen ihrer

unerschöpflichen Geldmittel haben allerdings nur das auch heute noch bestehende „Journal des Français de la Sarre“ erlangt, während ein deutschsprachiges, gleichfalls von Frankreich aus geleitetes Blatt „Der neue Saarfürer“ bald wieder einging und dann durch die an Leserschaft geringe, aber durch die Stärke ihrer Propaganda im Ausland nicht zu unterschätzende Wochenschrift „Saarchronik“ abgelöst wurde. Der Vollständigkeit halber ist hier auch noch das Organ der sozialdemokratischen Partei, die „Freiheit“ mit ihren Kopfblättern zu erwähnen, die im Saargebiet allerdings fast nicht gelesen wird, aber täglich in tausenden von Exemplaren in das Ausland geht, um dort für die von Frankreich unterstützten Pläne des Führers dieser Partei, Max Braun, Propaganda zu machen, für einen unabhängigen Saarstaat zu werben und im übrigen die gehässigsten und lügnerischsten Greuelmärchen über Deutschland zu verbreiten.

V. Die innerpolitische Lage und die Volksabstimmung im Jahre 1935.

In ständig wachsendem Ausmaß hat das Saarproblem in den letzten Monaten die Weltöffentlichkeit beschäftigt. Vieles, was von den innerpolitischen Schwierigkeiten im Ausland berichtet wurde, war übertrieben und unter einseitig französischem Gesichtspunkt gesehen. Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland, die selbstverständlich auch auf die innerpolitischen Verhältnisse des Saarlandes — denn dort bestanden ja ausschließlich deutsche Parteien — nicht ohne Einfluß blieb, wurde sehr rasch zum willkommenen Anlaß genommen, um die übelsten Greuelmeldungen und Sensationsberichte über die angebliche Bürgerkriegsgefahr im Saargebiet ins Ausland zu senden. Vieles davon war so übertrieben und so einseitig tendenziös, daß die Lügenhaftigkeit nur zu rasch erkannt wurde. Trotzdem besteht die Heze weiter, und die Regierungskommission unterläßt es offensichtlich, ihr entgegenzutreten. Wie ist jedoch die wahre Lage und die Stimmgabe im Saargebiet und welches sind vor allem die Aussichten für die Volksabstimmung im Jahre 1935?

Wohl das wichtigste Ereignis in der innerpolitischen Situation des Saargebietes bedeutete die Vereinigung sämtlicher deutschen Parteien, mit Ausnahme der Marxisten, zu der „Deutschen Front“ und in ihrem weiteren Gefolge die Bildung der „Deutschen Gewerkschaftsfront“ und der Fraktion „Deutsche Front“ im Saarlandesrat. Von den 30 Landesratssitzen gehören allein 19 Sitz der Deutschen Front (nach den alten Parteirichtungen stellen davon das Zentrum 14, die NSDAP. und die Deutsch-Saarländische Volkspartei je 2 und die Saarländische Wirtschaftspartei 1 Sitz). Die Kommunistische Partei, die bis vor kurzem noch einmütig gegen jede Autonomie und gegen jeden Separatismus war, durch die Verhältnisse und die Entwicklung in Deutschland zurzeit ohne festes politisches Programm in Hinblick auf die Zukunft des Saarlandes, hat 8 Sitz, und die einzige autonomistische und franzosenfreundliche Partei, die allerdings früher auch einmal anders gekonnt und sich für die Rückkehr

zu Deutschland ausgesprochen hatte, hat nur 3 Sitze. Daneben bestehen zwar noch eine ganze Reihe autonomistischer und separatistischer Parteien und Organisationen, wie die vor kurzem von dem ehemaligen Regierungsmitglied Dr. Hector begründete „Saarländische Wirtschaftsvereinigung“, die „Saarländische Sozialistenpartei“ u. a. m. Sie alle bestehen allerdings meist nur auf dem Papier, und außer dem Vorstand haben sie in der Regel keine Mitglieder. Trotzdem sind sie in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen, denn meist verfügen sie über große, von Frankreich zur Verfügung gestellte Geldmittel und verstehen es, im Ausland überaus geschickt für die von Paris aus verfolgte Saarpolitik Propaganda zu machen. Erinnert sei nur an die Europareise des Führers der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Max Braun, und seine Anwesenheit bei den Genfer Verhandlungen auf der Januartagung, an den Empfang des Führers der Saarländischen Sozialistenpartei, Walz, durch den damaligen französischen Außenminister Paul-Boncour in Paris im November letzten Jahres usw. Wie gering die Bedeutung der autonomistischen und marxistischen Parteien und Organisationen in Wirklichkeit ist, beweist der ständige Zugzug, den die geschlossene, einheitlich Deutsche Front in den letzten Wochen und Monaten aus den Reihen ehemaliger Marxisten hatte, die dem franzosenfreundlichen Kurs der marxistischen Führer als deutsche Arbeiter nicht mehr folgen wollten. Ein Ereignis, das auch in der ausländischen Presse wiederholt bei geschlossenen Übertritten ganzer Stadtverordnetenfraktionen mehrfach gewürdigt wurde.

Die Fronten für den bevorstehenden Abstimmungskampf sind somit geklärt. Auf der einen Seite die geschlossene Deutsche Front und auf der anderen die französische autonomistische und marxistische Gruppe, die einstimmig für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes eintritt. Die von ihr vor allem auf der letzten Genfer Ratstagung wegen der derzeitigen politischen Spannung im Saargebiet geforderte Verschiebung der Abstimmung ist nicht durchgedrungen. Der Völkerbundsrat hat sich diesmal wenigstens an den Wortlaut des Versailler Vertrages gehalten und durch die Einsetzung eines Abstimmungsausschusses zu erkennen gegeben, daß die Volksbefragung im kommenden Jahr durchgeführt wird. Diese Abstimmungskommission, die sich aus dem Italiener Baron Aloisi, dem Spanier Madariaga und dem Argentinier Cantilio zusammensezt, wird die genauen Vorschriften für die Volksabstimmung zu prüfen haben und dem Rat auf seiner Maitagung Bericht erstatten.

Die Abstimmung selbst erfolgt über die folgenden drei Möglichkeiten:

1. Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, d. h. des nach dem Versailler Vertrag eingerichteten internationalen Regierungssystems,
2. Vereinigung mit Frankreich oder
3. Rückgliederung an Deutschland.

Da man in Frankreich längst die Aussichtslosigkeit der zweiten Möglichkeit, also der Vereinigung mit Frankreich, eingesehen hat, versucht man

mit allen Mitteln für die erste Lösung Stimmung zu machen. Trotz der Behauptung Clemenceaus, der übrigens nie von Autonomisten gesprochen hat, von den 150,000 Saarfranzosen tritt die gesamte französische Saarpropaganda ausschließlich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems ein. Eine wesentliche Klärung der zur Abstimmung stehenden Fragen und eine Entspannung der gesamten Atmosphäre würde es bedeuten, wenn Frankreich sich eindeutig zu der zweiten Lösung bekennen und sich von den Autonomisten trennen würde. Das wäre jedenfalls eine reinliche Scheidung und würde das Ausland aufklären über die tatsächlichen Ziele und die effektive Stärke der einzelnen Lager. Es würde darüber hinaus die autonomistischen Gruppen zwingen, endlich Farbe zu bekennen und sich offen für die französische Lösung — denn diese streben sie in Wirklichkeit an — zu erklären.

Der deutsche Reichskanzler ist in seiner letzten großen Reichstagsrede am 30. Januar noch einmal auf das offene Angebot zurückgekommen, das er im vergangenen Sommer an die französische Regierung gerichtet hatte und das bezweckte, die Saarfrage als das größte Hindernis einer deutsch-französischen Verständigung auszuschalten oder zumindest zu neutralisieren. Dieser Vorschlag einer gemeinsamen Vereinigung des Saarproblems zwischen Deutschland und Frankreich entsprang bekanntlich folgenden Erwägungen: Die Saarfrage ist die einzige, die territorial zwischen den beiden Ländern noch offen steht. Nach ihrer Lösung ist Deutschland bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-Paktes auch innerlich zu akzeptieren, also an eine Rückgewinnung Elsaß-Lothringens nicht mehr zu denken. Weiter befürchtet die deutsche Regierung, daß, trotzdem die Abstimmung eine überwältigende Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch — vor allem geschürt durch unverantwortliche Kreise der Emigranten — bei den Abstimmungsvorbereitungen die Leidenschaften propagandistisch in einem solchen Ausmaß aufgestachelt werden, wie es angesichts des ohnehin schon feststehenden Endresultates nicht mehr notwendig ist und daher bedauert werden muß. Auf jeden Fall aber wird dadurch bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurückbleiben und damit zwangsläufig Revanchegedanken auftreten. Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus hatte der deutsche Reichskanzler damals der französischen Regierung eine vorherige gütliche Regelung vorgeschlagen, die beide Seiten befriedigen würde, denn — so sagte er — „Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf geregelt und entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch der Saarbevölkerung auf die Abgabe eines Volksurteils seine Erfüllung gefunden hätte, ohne daß eine der beiden interessierten Nationen den Ausgang der Abstimmung als Sieg oder Niederlage zu empfinden brauchte und ohne daß der Propaganda die Möglich-

keit einer neuen Störung einer sich anbahnenden gegenseitigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk gegeben wäre." Es ist bekannt, daß die damalige Regierung Chautemps diesen vernünftigen und begrüßenswerten Vorschlag abgelehnt hat, ohne ihn auch nur eingehend zu prüfen. Vielmehr stellte sie sich damals plötzlich auf den formalen Standpunkt — den sie, wie wir sahen, in den ganzen Jahren nicht hatte gelten lassen —, daß es sich beim Saargebiet nicht etwa um eine deutsch-französische, sondern um eine Völkerbundsfrage und letztlich um ein Recht der Saarbevölkerung selbst handle, das Frankreich weder beeinträchtigen dürfe noch wolle. Eine vorherige gütliche Regelung ist also — so begrüßenswert sie an sich auch wäre — nicht mehr möglich. Und es ist vielleicht besser so, denn die bevorstehende Volksabstimmung wird klar und eindeutig über den Wunsch der Saarbevölkerung entscheiden, und es wird dann in Zukunft keinerlei Rechtsstitel, Behauptungen von Ergebenheitsadressen und Treugelöbnissen oder derlei sogenannte „Ansprüche“ mehr geben!

Denn: Für jeden objektiven Betrachter der Lage im Saargebiet ist es schon jetzt klar, und besonnene unbeeinflußte ausländische Blätter lassen das immer wieder erkennen, daß die Abstimmung im Jahre 1935 nur das eine überwältigende Ergebnis haben wird: den einmütigen Wunsch des überwiegenden Teiles der Saarbevölkerung nach Rückgliederung zu ihrem ange stammten Mutterland — dem Deutschen Reich! Ein überaus trübes und für Frankreich sicher alles andere als erfreuliches und erfolgreiches Kapitel des Versailler Vertrages wird dann zu den Akten gelegt werden. Und es wird darüber hinaus wieder einmal der Beweis erbracht sein, daß man mit politischen Zwangsmäßigkeiten, wirtschaftlicher Vorherrschaft und kultureller Knebelung auf die Dauer ein Volk nicht seines Volkstums und seiner angestammten Heimat berauben kann.

Erneuerung des Sozialismus?

Von Werner Meyer.

Der Marxismus ist heute in seinen Grundlagen erschüttert. Seine wissenschaftlichen Grundlagen sind durch neue Erkenntnisse der Psychologie, die dem rein ökonomischen Denken ein Ende bereitet, und durch die neueste Entwicklung der Naturwissenschaften, die selbst von ihrem starren Determinismus abweichen, in Frage gestellt. Sein Geschichtsbild muß nach dem heutigen Stande der historischen Wissenschaften als falsch bezeichnet werden. An Stelle des „schwarzen“ Mittelalters sehen wir heute eine Zeit